

Bau- und Planungsausschuss

Protokoll Nr. BPA/01/2011

über die öffentliche Sitzung des Bau- und Planungsausschusses
am 12.01.2011,
Ahrensburg, Reithalle des Marstalls

Beginn der Sitzung : 19:00 Uhr
Ende der Sitzung : 21:19 Uhr

Anwesend

Vorsitz

Herr Jörg Hansen

Stadtverordnete

Herr Werner Bandick
Frau Carola Behr
Herr Thomas Bellizzi
Herr Rolf Griesenberg

beratendes Mitglied
i. V. f. StV Haase;
außer TOP 11.4
ab 19:03 Uhr; TOP 2

Frau Anna-Margarete Hengstler
Frau Monja Löwer
Herr Hartmut Möller

Bürgerliche Mitglieder

Herr Andreas Puk
Herr Heino Wriggers

i. V. f. StV Grassau

Weitere Stadtverordnete, Beiratsmitglieder

Herr Dieter Heidenreich
Herr Siegfried Lorenz
Herr Bela Randschau
Herr Max Rünzel

Seniorenbeirat/öffentlicher Teil
bis 21:10 Uhr; TOP 8
Kinder- und Jugendbeirat/öffentlicher Teil

Frau Karen Schmick

Sonstige, Gäste

Herr Wolfram Fischer
Herr Stefan Luft
Herr Bernd Schürmann

Landschaftsarchitekt zu TOP 8
urbanus GmbH zu TOP 6
Büro Stadt, Raum, Plan zu TOP 8

Verwaltung

Herr Michael Sarach
Herr Wilhelm Thiele
Herr Hauke Seeger
Frau Stefanie Mellinger
Herr Andreas Janik
Herr Stephan Goßaint
Frau Anette Kruse
Herr Thorsten Jahncke
Herr Ulrich Kewersun

ab 19:05 Uhr; TOP 2

Protokollführer

Entschuldigt fehlt/fehlen

Stadtverordnete

Herr Uwe Grassau
Herr Rafael Haase

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

Behandelte Punkte der Tagesordnung:

1. Festsetzung der Tagesordnung
2. Einwohnerfragestunde
3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 19/2010 vom 08.12.2010
4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 20/2010 vom 15.12.2010
5. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses
6. Masterplan Verkehr
- Ergebnisse der untersuchten Planfälle
7. Städtebauliche Überlegungen zur Bürgerbeteiligung für den Rathausplatz zwischen Manfred-Samusch-Straße, westlicher Teil der Rathausstraße und der umgebenden Bebauung, insbesondere der Flurstücke 152 und 542
- Beschluss für die Einberufung und Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Form eines "Runden Tisches" **2010/142**
8. Bebauungsplan Nr. 67, 2. Änderung "Am Kratt" und der Flächennutzungsplanberichtigung (36.) der Stadt Ahrensburg für den Bereich der Straße Am Kratt Nr. 2 bis 8, Flurstücke 711, 712, 750 bis 768, 770 bis 790, 812, 813, 819 bis 826, 829 und 830
- Zustimmung zum Entwurf
- Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB **2010/137**
9. Kenntnisnahmen
- 9.1 Erstellung des 3. Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP)
10. Verschiedenes
- 10.1 Umfrage zur Busanbindung des Ortsteils Wulfsdorf
- 10.2 Entfernen des Streuguts und dessen Wiederaufbereitung
- 10.3 Reinigung des Umfeldes vom Bahnhof Ahrensburg
- 10.4 Beleuchtung Große Straße

1. Festsetzung der Tagesordnung

Der Vorsitzende begrüßt alle Anwesenden zur ersten BPA-Sitzung im neuen Jahr.

Es wird Bezug genommen auf die in der Einladung vom 22.12.2010 vorgeschlagene Tagesordnung.

Auf Anregung der Verwaltung wird diese um den Punkt „Verschiedenes“ im nicht öffentlichen Teil ergänzt, da unter anderem der Bürgermeister über ein Gespräch mit der Geschäftsführung eines in der Straße An der Strusbek angesiedelten Betriebes berichten möchte.

Da überwiegende Belange des öffentlichen Wohls und berechnigte Interessen Einzelner einen Ausschluss der Öffentlichkeit bei diesem ergänzenden Tagesordnungspunkt erfordern, wird ohne Aussprache über den entsprechenden Antrag des Vorsitzenden auf Ausschluss der Öffentlichkeit abgestimmt. Der BPA stimmt einstimmig und damit mit der gemäß § 46 Abs. 8 in Verbindung mit § 35 Abs. 2 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein erforderlichen Mehrheit von 2/3 der anwesenden Ausschussmitgliedern zu.

Letztlich wird der gesamten Tagesordnung zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Alle dafür

2. Einwohnerfragestunde

Herr Hans-Peter Hansen bezieht sich auch in seiner Funktion als Vorsitzender der Vereinigung freischaffender Architekten, Landesgruppe Nord, auf den TOP 7 und die hier vorgeschlagene Form der frühzeitigen Bürgerbeteiligung. Angesichts seiner vielfältigen Erfahrungen bei den verschiedenen Projekten plädiert er dafür, über die Architektenkammer Schleswig-Holstein fachkundige externe Personen in das Beteiligungsgremium mit einzubeziehen, um stufenweise Vorschläge erarbeiten und zielgerichteter Ergebnisse erzielen zu können.

Unterstützt wird diese Anregung von Herrn **Eckehard Knoll**, der sich für eine neutrale Moderation ausspricht und angesichts seiner Erfahrungen in Hamburg dazu rät, der Lenkungsgruppe bereits Vertreter von Interessenvereinigungen zu benennen, die sich innerhalb ihrer Arbeitsgruppen untereinander mit den Aspekten auseinandersetzen.

Herr Knoll bezieht sich ferner auf den Ausbau der Klaus-Groth-Straße im Abschnitt zwischen der westlichen Kohschießstraße und dem Zentrum-Ring und bittet, bei der noch ausstehenden Abnahme darauf zu achten, dass die nach den technischen Vorschriften einzuhaltende Fugenbreite zwischen 0,8 cm und 1,3 cm tatsächlich eingehalten wird, um in Zukunft Unebenheiten in der Fußgängerzone zu vermeiden.

Ferner bezieht er sich auf den Masterplan Verkehr und das grundsätzliche Bestreben des Bundes, die B 75 zurückzustufen. Nach seiner Kenntnis steht in den nächsten Jahren allenfalls an, die B 75 zwischen Hamberge und Lübeck zurückzustufen, sobald der dortige Autobahnanschluss betriebsfertig hergestellt ist. Hieraus lasse sich für Ahrensburg schließen, dass die Verlegung der B 75 von der Lübecker Straße auf eine neue Trasse theoretisch noch möglich sein dürfte.

Wie **Herr Hans-Peter Hansen** als Anlieger des Wulfsdorfer Weges schildert, schließen viele Schülerinnen und Schüler der Selma-Lagerlöf-Gemeinschaftsschule ihre Fahrräder während der Schulzeiten im öffentlichen Straßenraum an, wobei die Räder häufig an Bäumen stehen. Die Verwaltung sagt zu, diesen Hinweis an den zuständigen Fachbereich III weiter zu geben, der zusammen mit der Schulleitung die Abstellsituation von Fahrrädern auf dem Schulgelände überprüfen wird.

3. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 19/2010 vom 08.12.2010

Keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

4. Einwände gegen die Niederschrift Nr. 20/2010 vom 15.12.2010

Nachdem ein Ausschussmitglied darauf hingewiesen hat, dass es das Protokoll wegen der Befangenheit bei einem Punkt nicht erhalten hat, stellt die Verwaltung klar, dass dieser Grund rechtlich ohne Belang ist und händigt dem Bürgerlichen Mitglied die komplette Niederschrift aus.

Zur Niederschrift gibt es keine Einwände. Das Protokoll gilt damit als genehmigt.

5. Bekanntgabe des in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlusses

Die in nicht öffentlicher Sitzung getroffene Entscheidung am 15.12.2010 betrifft den TOP „Vorstellung von Einzelbauvorhaben“, wobei genehmigt worden ist ein Neubau auf dem Grundstück Brückenstraße 1, der verbunden war mit Befreiungen zur Grundflächenzahl (GRZ) im Südteil des Grundstückes, zur Verkaufsfläche im Nordteil des Grundstückes sowie zu den Baugrenzen und -linien. Die Abweichungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes Nr. 81 a wurden jedoch gekoppelt mit der Aufforderung, die Gebäudefront in Richtung Bahnstrecke Hamburg – Lübeck mit wirksam schallschluckendem Material zu versehen.

6. Masterplan Verkehr - Ergebnisse der untersuchten Planfälle

Herr Luft stellt anhand des der Niederschrift **beigefügten Folienvortrages** die Ergebnisse der Verkehrsmodellrechnung vor, wobei er zum Trendszenario auf die Vorstellung in der BPA-Sitzung am 17.11.2010 (vergleiche Protokoll Nr. 17/2010; TOP 6) verweist und lediglich betont, dass zumindest an den auf Blatt 8 dargestellten fünf Abschnitten/Punkten des Ahrensburger Straßennetzes die Verkehrsabwicklung kritisch beurteilt werden muss. Diese Aussage wird nunmehr ergänzt um die Feststellung, dass sich durch die Förderung des Fußgänger-, Radfahr- und ÖPNV-Verkehrs in Ahrensburg der innerstädtische Kfz-Verkehr lediglich um 10 % bis 15 % reduzieren könnte und hierdurch insofern keine gravierende Entlastung der Hauptverkehrsstraßen erreichen lässt.

Bei der Erläuterung der Ergebnisse zu den einzelnen Planfällen wird über die Folien hinaus insbesondere betont, dass

- im Vergleich der Planfälle 3 und 3 A zur Nordtangente die Anbindung an den Kornkamp deutlich effektiver sein dürfte als die Variante über die Kurt-Fischer-Straße mit der Folge, dass sich nur im Planfall 3 mit der ermittelten Kfz-Belastung von 8.000 Kfz/Tag beruhigt in ein Planfeststellungsverfahren einsteigen lasse,
- es schon ab dem Planfall 4 mit dem Durchbinden der Nordtangente zur Bünningstedter Straße zu einem so genannten „Staubsaugereffekt“ im Westen der Stadt komme mit der Folge, dass durch den Netzschluss zusätzlicher Verkehr diese Trasse nutzt und sich in diesem Zuge auf problematische Weise in die westlichen Wohnquartiere hinein verlagert,
- die Südumfahrung nach Planfall 2 einen hohen Flächen- und Kostenbedarf aufweist und in Relation hierzu der aufgezeigte Nutzen als begrenzt zu bewerten ist,

- die Öffnungen des Wulfsdorfer Weges und des Straßenzuges Vierbergen/Ahrensburger Redder (Planfälle 10 und 11) – wenn überhaupt – nur eine lokal unwesentliche verkehrliche Bedeutung haben.

Im Rahmen der Klärung einiger Verständnisfragen bestätigt Herr Luft auf Nachfrage, dass von den drei Hauptachsen Hamburger Straße, Lübecker Straße und Manhagener Allee sich derzeit durch die Nordtangente lediglich eine Entlastung der Lübecker Straße abzeichnet, während die Manhagener Allee lediglich mittelbar partizipiert durch die Entlastung des Ostrings (im Abschnitt Weinberg-Knoten bis Einmündung Kornkamp-Süd) mit dem Beimoor-Knoten. Darüber hinaus ließe sich für den Süden des Stadtgebietes nur eine spürbare Entlastung erzielen über eine stadtnahere Trassenführung als mit der Südumfahrung vorgegeben.

Abschließend verweist der Vorsitzende auf

- das Forum Masterplan am 13.01.2011 ab 19:00 Uhr in der Reithalle des Marstalls und
- die für den 02.02.2011 vorgesehene weitere Beratung dieses Themas im BPA.

7. **Städtebauliche Überlegungen zur Bürgerbeteiligung für den Rathausplatz zwischen Manfred-Samusch-Straße, westlicher Teil der Rathausstraße und der umgebenden Bebauung, insbesondere der Flurstücke 152 und 542**
- Beschluss für die Einberufung und Durchführung einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung in Form eines "Runden Tisches"

Die Verwaltung erläutert die Vorlage, in der ein Diskussionsbeitrag zu sehen ist, wie ein handlungsfähiges Lenkungsgremium aussehen könnte, unter dessen Federführung sehr wohl unter Beteiligungen/Arbeitsgruppen vorstellbar sind.

Einige Ausschussmitglieder hinterfragen den Zeitpunkt für die Bildung des „Runden Tisches“. Da in der Finanzplanung hierfür keine Investitionen dargestellt und die Mittel für die Durchführung der Bürgerbeteiligung im Ergebnishaushalt 2011 nicht ausdrücklich bereitgestellt worden sind, besteht die Gefahr, dass unrealistische Erwartungen geweckt würden.

Zur Zusammensetzung des Lenkungsgremiums gibt es mehrere Wortbeiträge, wonach man sich von der Idee, die Teilnehmer an BPA-Sitzungen lediglich um einige Vertreter/innen zu ergänzen, lösen und den „Runden Tisch“ vielmehr dazu nutzen sollte, primär oder gar ausschließlich die Öffentlichkeit zu beteiligen, um auch aus heutiger Sicht visionäre Vorstellungen (Beispiel Öffnung des Rondeels) entwickeln zu lassen, über die letztlich ohnehin wieder die Gremien zu befinden haben.

Die CDU-Fraktion befürwortet einen baldigen Einstieg in die Überplanung des Rathausplatzes, stellt den als **Anlage** beigefügten Antrag (als AN/003/2011 ins Bürger- und Ratsinformationssystem eingestellt) und erläutert diesen. Der Ansatz, auf diesem Wege in die Diskussion einzusteigen, die in den vergangenen Jahrzehnten hierzu bereits erarbeiteten Pläne einer breiten Öffentlichkeit vorzustellen und die Wünsche der Bevölkerung zu fixieren, wird zunächst begrüßt. Skeptisch wird jedoch beurteilt, dass die Institution der Einwohnerversammlung mit den zu erwartenden Einzelbeschlüssen ein formelles Verfahren nach der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein für die städtischen Gremien auslöst und nicht auf direktem Weg zur Einbeziehung des „Runden Tisches“ oder einer sich bildenden Interessengemeinschaft führt.

Man kommt überein, das Thema zunächst in den Fraktionen zu beraten und sowohl die Vorlage als auch den gestellten Antrag Nr. AN/003/2011 auf die Tagesordnung der BPA-Sitzung am 26.02.2011 zu setzen.

8. **Bebauungsplan Nr. 67, 2. Änderung "Am Kratt" und der Flächennutzungsplanberichtigung (36.) der Stadt Ahrensburg für den Bereich der Straße Am Kratt Nr. 2 bis 8, Flurstücke 711, 712, 750 bis 768, 770 bis 790, 812, 813, 819 bis 826, 829 und 830**
- **Zustimmung zum Entwurf**
- **Beschluss über die öffentliche Auslegung gemäß § 3 Abs. 2 BauGB**

Herr Schürmann erläutert in seinem Vortrag zunächst die Lage des Geltungsbereiches im Stadtgebiet und die historische Entwicklung des Quartiers von der Friedrich-Ebert-Stiftung zu dem allgemeinen Wohngebiet, bevor er anschließend auf das Ziel eingeht, die in der bauaufsichtlichen Praxis schwer auslegbaren Bandfestsetzungen bei der Bebauung der Straßenzüge zu ersetzen durch einzelne Baufenster mit zugeordneter einzelner maximaler Grundfläche. Hierbei wurde der Bestand in Bezug auf Nutzung, Vollgeschosigkeit und Bauweise übernommen sowie eine intensive Quartierseingrünung und der grünordnerische Bestand einschließlich der erhaltenswerten Bäume gesichert. Südlich des größeren Wohnkomplexes wurde das „Gartenland“ als Grünfläche festgesetzt.

Herr Fischer schildert daraufhin die Ergebnisse seines für dieses Verfahren erstellten Fachbeitrages Grünordnung, wonach der Ausgleich für die zuvor planungsrechtlich dargestellten Eingriffe erbracht worden sind und es im Zuge der 2. Änderung des B-Planes nur noch zu geringfügigen Anpassungen kommt, die aber auch abzuwägen sind. Wie er jedoch aufzeigt, liegt bei der Betrachtung der Schutzgüter und des Artenschutzrechts keine relevante Beeinträchtigung vor. Positiv wird vermerkt, dass neben den Festsetzungen des B-Planes zur Regelung des Wasserabflusses und zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft weitere Empfehlungen zu den Pflanzbindungen und den zu verwendenden Begrünungen und Gehölzarten gegeben werden.

In der anschließenden Aussprache wird nochmals herausgestellt, dass es bei den Festsetzungen nunmehr nur darum geht, über eine konkrete Fassung der baulichen Nutzung von Grundstücken eine für alle Beteiligten hinreichende Bestimmte- bzw. Klarheit zu erreichen.

Da der Geltungsbereich im Grabungsschutzgebiet liegt, wird das archäologische Landesamt am Verfahren beteiligt. Zum Abfluss des Oberflächenwassers sind keine Änderungen geplant, da mit diesem Verfahren keine signifikante Nachverdichtung verbunden ist.

Letztlich wird über den Beschlussvorschlag abgestimmt.

Abstimmungsergebnis: **8 dafür**
1 Enthaltung

Anmerkung der Verwaltung:

Aufgrund des § 22 Gemeindeordnung Schleswig-Holstein waren weder Stadtverordnete noch Bürgerliche Ausschussmitglieder von der Beratung und Abstimmung dieses Tagesordnungspunktes ausgeschlossen.

9. Kenntnisnahmen

9.1 Erstellung des 3. Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP)

Der Kreis Stormarn befindet sich in der Erstellung des 3. Regionalen Nahverkehrsplans (RNVP) für die Jahre 2011 bis 2015. Der Entwurf des RNVP ist vom Büro urbanus GbR erarbeitet und inzwischen vom Verkehrsausschuss des Kreises in dessen Sitzung am 06.12.2010 beschlossen worden.

Der Entwurf des 3. RNVP des Kreises Stormarn ist Ende Dezember 2010 per E-Mail übermittelt worden, zeitgleich begann das offizielle Beteiligungsverfahren, in dem die Stadt Ahrensburg **bis zum 15. März 2011** Anregungen in Form eines Word-Dokuments oder einer E-Mail (unter Angabe der jeweiligen Seitenzahl und Kapitelnummer) abgeben kann.

Die Verwaltung wird rechtzeitig eine Vorlage für den für Verkehrsangelegenheiten zuständigen BPA erstellen. Bereits im Vorwege wird darauf hingewiesen, dass der Entwurf des RNVP bereits jetzt zu finden ist auf der Internetseite des Kreises Stormarn unter folgendem Link:

<http://www.kreis-stormarn.de/vw/forms/5/52/EntwurfRNVP2011.pdf>

Der BPA nimmt sowohl vom Verfahren als auch von der Veröffentlichung des Entwurfs Kenntnis.

10. Verschiedenes

10.1 Umfrage zur Busanbindung des Ortsteils Wulfsdorf

Wie ein Ausschussmitglied berichtet, wird unter den Bewohnern des Stadtteils Wulfsdorf derzeit eine Umfrage durchgeführt, die sich gegen die Art und Weise der Busanbindung über die Linie 576 richtet, die zum 02.05.2011 eingeführt werden soll.

10.2 Entfernen des Streuguts und dessen Wiederaufbereitung

Ein Ausschussmitglied bezieht sich auf das auf Ahrensburgs Straßen befindliche Streugut und erkundigt sich nach der Aufnahme und die Möglichkeiten der Wiederaufbereitung.

Daraufhin berichtet die Verwaltung, dass das Kehrriecht durch das beauftragte Unternehmen erst mit einer großen Kehrmaschine im Nassverfahren aufgenommen werden kann, wenn die Temperaturen gesichert über dem Gefrierpunkt liegen. Eine Wiederverwendung des Kehrriechts vor Ort ist trotz der hohen Sand- und Granulatanteile nicht möglich, eine Verwertungsmöglichkeit dieses Materials ist erst nach einer Sortierung und Aufbereitung auf einem zugelassenen Lagerplatz möglich.

10.3 Reinigung des Umfeldes vom Bahnhof Ahrensburg

Wie Ausschussmitglieder anmerken, besteht eine Förderung des ÖPNV auch darin, das Umfeld des Bahnhofes Ahrensburg, also den Bahnhofsvorplatz, den ZOB, den Tunnel Hagener Allee sowie den Platzbereich an der Waldstraße und die Ladestraße vordringlich nach dem Winterdienst wieder zu säubern.

Die Verwaltung nimmt diese Anregung auf, weist jedoch auf die große Anzahl der Überstunden beim Bauhofpersonal hin.

10.4 Beleuchtung Große Straße

Thematisiert wird die farbige Beleuchtung im unteren Bereich der neu aufgestellten Masten in der Großen Straße zwischen dem Zentrum-Ring und Lohe/Rathausstraße. Ein Ausschussmitglied gibt dem Wunsch der anliegenden Gewerbetreibenden wieder, wonach die derzeit offensichtlich ausgestellte Farbbeleuchtung auch im Winter angestellt werden und nicht nur im Zusammenhang mit den Springbrunnen in Betrieb sein sollte.

Die Verwaltung sagt eine Überprüfung der Schaltung zu und wird hierüber bei Gelegenheit berichten.

gez. Jörg Hansen
Vorsitzender

gez. Ulrich Kewersun
Protokollführer